

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 55 (1961)
Heft: 2

Artikel: Amerikaner analysieren die USA-Aussenpolitik
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140544>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Amerikaner analysieren die USA-Außenpolitik

Man erinnert sich, daß Ende 1957 das Erscheinen des ersten Sputniks in der westlichen Welt einen gewaltigen Schock auslöste. Er war nirgends größer als in den USA, denn er zerstörte dort Illusionen, die man sich noch immer über die technisch-wissenschaftliche Rückständigkeit der Sowjetunion bewahrt hatte. Die neue Situation provozierte (laut einem Artikel von *Otto Fein*stein in der Dezember-Nummer des «*Bulletin of the Atomic Scientists*») eine die ganze amerikanische Öffentlichkeit ergreifende Erörterung der neuen Situation. Nationale Verteidigung, die wissenschaftliche Ausbildung der jungen Generation, die Außenpolitik der USA und ihre Ziele — alles wurde einer gründlichen Prüfung unterworfen. Unter den Untersuchungen, die damals angestellt wurden, darf der vom Senatsausschuß für Außenpolitik geforderte Bericht über die Beziehungen Amerikas zu den Nationen unser Interesse beanspruchen, denn das von den 15 Forschungsinstitutionen und Universitäten gesammelte Material wirft einiges Licht auf die gegenwärtigen Krisen und die Probleme, die der neue Präsident zu lösen haben wird.

Parallel mit, aber unabhängig von den in Auftrag gegebenen Studien, auf die wir noch zu sprechen kommen werden, lag im Juni 1958 ein Bericht vor dem USA-Senat, der von 50 führenden Beamten des amerikanischen Außenamtes stammte und sich zum selben Thema äußerte. Was die Verfasser dieses Berichtes beunruhigte, war die ausschließlich auf militärische Verteidigung eingestellte Außenpolitik ihres Landes, ein übertriebenes Vertrauen auf nukleare Rüstung und Militärpakte und der Mangel an schöpferischen und Interesse erweckenden Vorschlägen. Ihre scharfe Kritik bezog sich ferner auf den Anspruch auf moralische Überlegenheit, der in den Verlautbarungen des offiziellen Amerika zu spüren sei, die «moralisierende Einstellung» leitender Persönlichkeiten der Außenpolitik und das Bestreben, die Welt nach dem Vorbild des «American way of life» umzumodeln. Einen weiteren Angriffspunkt dieser Diplomaten gegenüber dem Staatsdepartement bildet der Gegensatz, den sie zwischen der in schöne Worte gefaßten Billigung sozialen Fortschritts und der Wirklichkeit des Einstehens für den Status quo sehen, selbst wenn es sich darum handelte, die reaktionärsten Regimes zu stützen. Vertraut mit der Praxis des diplomatischen Dienstes kritisieren sie die Aufblähung des Personalbestandes durch überzählige Posten, was die Feststellung der Verantwortlichkeit erschwere. Sie beschwerten sich über die Behandlung, die eine hohe Regierung der USA dem Außendienst angedeihen lasse. Sie stellen fest, daß Botschafterposten oft als Belohnung für Dienste gegenüber der regierenden Partei verliehen werden, ebenso wahr ist, daß ihre Träger bei wichtigen außenpolitischen Entscheiden nicht zu Rate gezogen werden. (Eine persönliche Außenpolitik über das Außenamt hinweg, oder hinter seinem Rücken, wurde besonders Dulles oft vorgeworfen.) Sogar der Einfluß von Körperschaften, wie der Central Intelligence Agency (dem Spionagedienst), soll nach vorstehendem Memorandum in manchen Fällen schwerer wiegen als die Auffassung der verantwortlichen Beamten des Außenamtes.

Die Denkschrift der Diplomaten enthält außer vorstehendem Katalog noch viele weitere kritische Äußerungen in bezug auf die Gestaltung der Hilfe an das Ausland wie auch auf die Politik gegenüber bestimmten Ländern (China zum Beispiel). Viele von diesen kritischen Äußerungen sind schon gelegentlich von der Presse aufgegriffen worden, doch die grundlegende Forderung des Memorandums an das State Department, die lautet, daß die Beziehungen Amerikas zu andern Völkern der Wirklichkeit einer sich verändernden Welt anzupassen seien, fiel bei der früheren Administration nicht auf fruchtbaren Boden.

Unter den schon erwähnten Studien über die amerikanische Außenpolitik, die der amerikanische Senat 1958 in Auftrag gab, ist diejenige über das Verhältnis Amerikas zu den unterentwickelten Ländern die interessanteste. Sie wurde dem Senat vom «Center for International Studies, Massachusetts Institute of Technology» im März 1960 vorgelegt. Interessant, weil hier ein Versuch gemacht wird, die Außenpolitik unter einem neuen Gesichtswinkel zu sehen. Wir erhalten hier, wie Feinstein sich ausdrückt, ein neues Instrumentarium für die Untersuchung außenpolitischer Fragen. Um ihn zu zitieren:

«In allen Berichten an den Senat kommt zum Ausdruck, daß sich die Welt verändert und daß unsere Außenpolitik diese Wandlungen nicht bewältigen zu können scheint. Sobald die internationalen Beziehungen jedoch als eine Serie von Problemen sozialer und wirtschaftlicher Veränderung betrachtet werden, konzentriert sich unser Interesse auf verschiedene Methoden, solche Veränderungen zu ermöglichen oder sogar zu erleichtern — eine Betrachtungsweise, die sich sicher sehr von der traditionellen, machtpolitischen unterscheidet. Das Prinzip, das der machtpolitischen Theorie der Außenpolitik zugrunde liegt, ist die Erhaltung des Status quo. Dieses Prinzip wird nun angefochten durch die Rostow-Analyse (so benannt nach einem der Autoren der Studie. W. W. Rostow ist heute Leiter des Planungsstabes im State Department und Berater des neuen Präsidenten. Der Übers.), die den stetigen Wandel statt der Erhaltung des Status quo zum Prinzip erhebt und sich mit gewissen Schwankungen im Gleichgewicht der Mächte abfindet, statt zu versuchen, sie zu verhindern.»

Unter den verschiedenen Kategorien von unterentwickelten Ländern, mit denen sich die Studie des Massachusetts Institute befaßt, sind es die rückständigsten, wo die ersten Versuche zu sozialer und wirtschaftlicher Eigenständigkeit gemacht werden, die unser Augenmerk verdienen. «Das Hauptproblem, dem sie sich gegenübersehen, ist der Übergang von der bisherigen, meist auf Großgrundbesitz beruhenden, zu einer modernen, industrialisierten Wirtschaft — gegen den Widerstand der jetzigen wirtschaftlichen Elite, deren Macht auf Landbesitz beruht, und des ausländischen Kapitals, das in vielen Fällen das Transportwesen und die Energieproduktion wie Wohlfahrtseinrich-

tungen (was die Amerikaner mit dem Ausdruck ‚public utilities‘ umschreiben) beherrscht. In Kuba und Zentralamerika war — oder ist — auch die modernisierte Landwirtschaft in den Händen ausländischer Kapitalisten. Es ist für die fortschrittlichen Kräfte dieser Länder äußerst schwierig, aus dem Teufelskreis der Armut auszubrechen, wenn sie keine Möglichkeiten haben, sich ausländische Devisen zu beschaffen. Und doch muß es, wenn die Stagnation nicht überwunden wird, angesichts des Bevölkerungszuwachses, der rapiden technischen Entwicklung und nicht zuletzt durch den Einfluß des Kalten Krieges zum gewaltsamen Umsturz kommen.»

Dies ist gerade die Entwicklung, die den Interessen Amerikas zuwiderläuft. Dennoch warnen die Verfasser der Studie vor direktem Eingreifen in die Angelegenheiten anderer Länder, hat doch selbst ihre massive Einmischung in die politische Entwicklung Frankreichs, Italiens oder Japans deren Probleme nicht gelöst, wohl aber die USA mit immer größeren Problemen belastet. *Amerika müsse einsehen, daß sein Einfluß nicht unbeschränkt ist*, lautet das Fazit dieser Betrachtung.

Eine weitere Studie, diejenige der «Northwestern University» über Afrika, rät dem State Department, afrikanischen Nationalismus nicht immer mit Kommunismus zu verwechseln. Auch das Bestreben, die Länder, die eben erst ihre Unabhängigkeit gewonnen haben, zu zwingen, im Kalten Krieg für den Westen Partei zu ergreifen, ist, nach diesem Gutachten, verfehlt. Was not tut, ist wirtschaftliche und technische Hilfe unter Vermeidung einer Balkanisierung Afrikas.

Welches Forschungsinstitut die Einstellung der USA zu Ostasien verfolgte, ist aus dem Artikel des «Bulletin» nicht ersichtlich. Wichtig ist immerhin, daß dieses Gutachten in bezug auf China zu folgendem Schluß kommt: «Die Frage kann nicht länger gestellt werden, ob China erlaubt werden soll, auf der Weltbühne seine Rolle zu spielen, sie muß vielmehr lauten: Kann China überredet oder gezwungen werden, die Verantwortung für seine Teilnahme an den Weltereignissen zu übernehmen?» Die Verfasser der Studie raten zu einer schrittweisen Anerkennung Volkschinas, da internationale Vereinbarungen von Bedeutung ohne Chinas Teilnahme überhaupt keinen Sinn mehr haben.

Was von der Columbia-Harvard Research Group über die Sowjetunion und Osteuropa gesagt wird, ist eine Verbindung Rostowscher Analyse und der traditionellen Untersuchung machtpolitischer Faktoren, wie aus folgendem Passus hervorgeht:

«Das Sowjetproblem darf nicht nur in seinen militärischen Dimensionen gesehen werden und in der Tatsache seines politischen und wirtschaftlichen Vordringens in manchen Gebieten der Welt; es ist ebensosehr eine Herausforderung an die Art und Weise, wie unsere

(westliche) Gesellschaft den Einsatz ihrer natürlichen und menschlichen Hilfsquellen organisiert.»

Die Ergebnisse des Berichtes bestreiten grundsätzlich manche der halboffiziellen amerikanischen Theorien über die Sowjetunion und Osteuropa. Festgestellt wird eine gewaltige wirtschaftliche Entwicklung. Als Beispiel sei nur erwähnt, daß die russische Produktion von Werkzeugmaschinen die amerikanische schon 1958 eingeholt hatte und sie 1965 um 100 Prozent überflügelt haben wird. Die Verfasser des Berichtes rechnen daher in den kommenden Jahren mit einer massiven Erhöhung der wirtschaftlichen Hilfe Rußlands an die unterentwickelten Länder, wobei sich die russische Unterstützung bewußt auf einige wenige Schlüsselgebiete konzentrieren dürfte. Innenpolitisch glaubt der Bericht, eine langsame Entwicklung vom Totalitarismus weg feststellen zu können. «Leider ist es unseren Experten nicht gegeben, Gesichtspunkte für eine politische Einstellung gegenüber Rußland zu geben, die ihren Forschungsergebnissen entsprechen würde. Die Untersuchung der machtpolitischen Verhältnisse, strategische Überlegungen und das militärische Kräftegleichgewicht sind für sie wichtiger als der Versuch eines Ausgleichs der Interessen», sagt Feinstein.

Auch was im Bericht der Pennsylvania University über Westeuropa auseinandergesetzt wird, geht im wesentlichen nicht über die wohlbekannteste These einer Stärkung der NATO hinaus und plädiert für alles andere als eine Milderung des Kalten Krieges.

Um Otto Feinstein das Schlußwort zu geben: «Nicht nur bieten diese Berichte ein reiches Material, sie illustrieren auch sehr nachhaltig zwei Möglichkeiten, an die Probleme der Nation heranzugehen. Daraus ergeben sich auch verschiedene politische Programme. Das eine, das auf militärische Macht und die Erhaltung des Status quo ausgerichtet ist, stützt sich auf militärische Bündnisse und Waffen als Mittel zur Lösung internationaler Differenzen. Das andere, dem mehr an der Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme gelegen ist, zieht Mittel und Wege vor, die ein Gleichgewicht der Entwicklung fördern; es nimmt selbst gewisse Änderungen des militärischen Gleichgewichts in Kauf, wie es auch einer friedlichen Vereinbarung der militärischen Austragung eines Konflikts den Vorzug gibt.»

Alle Berichte haben leider *eines* gemeinsam: sie vermeiden es, aus ihren Forschungsergebnissen Konsequenzen zu ziehen, die Anstoß erregen könnten. Sie sprechen von «größerer Hilfe», «Diplomatie, die in die Tiefe geht», was immer das heißen mag. Sogar die Tendenz zur Versteifung auf die Defensivhaltung, die man in vielen Berichten, zum Beispiel auch in denjenigen der Diplomaten, dem State Department vorwirft, bricht in den Folgerungen und Empfehlungen der Berichterstatter selbst immer wieder durch.

Red.